«Regierungsrat zeigt null Herzblut für zweisprachiges ‹Telebielingue›»

Die gelebte Zweisprachigkeit in Biel und wie diese von «Telebielingue» umgesetzt wird, lässt die Berner Regierung kalt. Seeländer Grossräte sind enttäuscht über die Antwort auf ihre Interpellation.

Werner De Schepper

Schon in der Vernehmlassung des Bundesamtes für Kommunikation zeigte der Berner Regierungsrat wenig Empathie für das langjährige, journalistische Engagement von «Telebielingue» für die Zweisprachigkeit im Kanton. Darum haben sechs Parlamentarier aus Biel und dem Seeland überparteilich den Regierungsrat in einer Interpellation aufgefordert, sich noch mal genauer zum Konzessionsverlust von «Telebielingue» zu äussern.

Doch auch im zweiten Anlauf zeigt der Regierungsrat auf die Fragen aus dem Grossen Rat nicht die geringste Lust, sich zur Zweisprachigkeit, zu «Telebielingue» und zu Fragen der Finanzierung regionaler Medien zu äussern. Jeder Satz aus der Staatskanzlei ist so trocken und schmallippig wie nur möglich gehalten. Das kommt dann im Namen der Regierung so daher:

• Zur Zweisprachigkeit: «Die Art und Weise, wie die Zweisprachigkeit in den Berner Medien umgesetzt wird, kann variieren.» Und weiter: «Die Projekte, die für die Fernseh-Konzession für das Versorgungsgebiet Biel/Bienne eingereicht wurden, spiegeln diese unterschiedlichen Ansätze wider.»

• Zum Leistungsausweis von «Telebielingue» in den letzten 25 Jahren im Vergleich mit Newcomer «Canal B» aus Neuenburg: «Der Regierungsrat hat sich zu keinem Zeitpunkt für einen der beiden Anbieter ausgesprochen.»

• Zur zukünftigen Finanzierung von «Telebielingue»: «Der gesetzliche Rahmen sieht nicht vor, dass sich der Kanton im Falle des Konzessionsverlustes eines Mediums finanziell beteiligt.»

• Zum Finanzierungsmodell von «Canal B»: «Es ist nicht Aufgabe des Kantons, zu diesem Punkt Stellung zu nehmen.»

«Fehlende Wertschätzung»

Ob Mitte, Rot oder Grün: Die Interpellanten reagieren allesamt enttäuscht über die Antwort des Regierungsrates.

Der Berner Regierungsrat krümmt keinen Finger für «Telebielingue», das seit 25 Jahren zweisprachig Journalismus macht. Bild: Telebielingue

Für die Sozialdemokratin Anna Tanner aus Biel verrät die Sprache, wes Geistes Kind die Antwort ist: «Es ist schon sehr verwaltungstechnisch gehalten, worin eine fehlende Wertschätzung mitschwingt.» Sie stört sich auch an der rein marktwirtschaftlichen Betrachtung der Medienunterstützung. «Die demokratiepolitische Seite wird ausgeblendet.»

Tanners Parteikollege Karim Said aus Biel, der die Interpellation als Sprecher eingereicht hat, stört sich ebenfalls daran, «dass die gelebte Zweisprachigkeit à la Biennoise» von der Regierung nicht klar favorisiert wird gegenüber dem Zweisender-Modell von «Canal B» nach dem Motto «Jeder nach seiner Façon», wo einerseits einfach Französisch oder andererseits einfach Deutsch geredet wird. Said: «Die Regierung hat mit keinem Wort zum Ausdruck gebracht, dass das Bieler Modell der Zweisprachigkeit einen Wert an sich darstellt, den es zu erhalten gilt.»

«Gute Beziehungen»

«Ich habe die Interpellation unterzeichnet in der Hoffnung, dass die Regierung Herzblut zeigt für die Zweisprachigkeit im Kanton», sagt der Bieler Grossrat Christoph Grupp. Diese Chance sei nicht genutzt worden. Der Fraktionspräsident der Grünen vermisst auch «ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber dem Engagement des Medienhauses Gassmann in und für die Region». Die so neutral wie möglich gehaltene Antwort der Regierung weise aber auch darauf hin, «dass ‹Canal B› offenbar gute Beziehungen in den Kreis der Entscheidungsträger hat».

Grupp liest aus der regierungsrätlichen Antwort auch heraus, «dass die Staatskanzlei eine für mich nicht nachvollziehbare Angst hat, Medienunternehmen im Kanton direkt zu unterstützen». Auch Peter Gerber hatte als Fraktionspräsident der Mitte im Grossen Rat die Interpellation von Karim Said unterzeichnet. Gerber nimmt ebenfalls kein Blatt vor den Mund: «Der Regierungsrat hat es sich sehr einfach gemacht», meint der Grossrat aus Schüpfen. Die mangelnde Wertschätzung der Zweisprachigkeit, die für die Region Bielersee so wichtig sei, sieht Gerber auch in einem übergeordneten, regionalpolitischen Kontext: «Wenn ich sehe, was die Grossräte aus dem Oberland so alles für ihre Region erreichen, müssten wir aus der Region Bielersee halt auch viel mehr und stärker zusammenstehen, um was zu erreichen.»

Nüchtern hält Virginie Borel, Geschäftsführerin des Forums für die Zweisprachigkeit, nach Lektüre der regierungsrätlichen Antwort fest: «Man kann nur bedauern, dass die reiche Erfahrung der in der Region Biel-Seeland-Berner Jura gelebten Zweisprachigkeit, insbesondere durch die Bieler Medien, von den kantonalen Behörden nicht besser zur Geltung gebracht wird.»

Kommentar

Die grosse Gleichgültigkeit

Eines muss man der Berner Regierung lassen: Sie macht aus ihrem Herzen keine Mördergrube. Die Zweisprachigkeit, wie wir sie hier leben, das «Bieler Modell», wie es im Lokalfernsehen «Telebielingue» seit 25 Jahren praktiziert wird, das Miteinander und nicht Nebeneinander der Sprachen? Für den Regierungsrat im besten Fall «nice to have».

So das Fazit der regierungsrätlichen Antwort auf eine Interpellation von sechs regionalen Grossrätinnen und Grossräten (siehe Bericht links).

Die Interpellation war im März eingereicht worden, nachdem das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) die neue TV-Konzession ab 2025 nicht «Telebielingue» zugesprochen hatte. Sondern dem Neuenburger Fernsehsender «Canal Alpha», der in Biel eine Niederlassung gründen und auf zwei verschiedenen, nach Sprache getrennten Fernsehkanälen ein Programm bieten will, mit gewissen Überschneidungen.

Die Antworten der Regierung sind bemerkenswert blutleer. Man spricht davon, dass der «Regierungsrat sich der Bedeutung der Zweisprachigkeit für den Kanton Bern voll und ganz bewusst» sei. Und weiter: «Dass die Art und Weise, wie die Zweisprachigkeit in den Berner Medien umgesetzt wird, variieren» könne. Das ist so nichtssagend, dass es schon fast wehtut. Das uns so liebe und bewährte Bieler Modell? Für die Berner Regierung Hans was Heiri, wie wir Deutschschweizer sagen.

Die Haltung des Regierungsrates ist nicht überraschend. Bereits während der Vernehmlassung mochte er sich in dieser Frage partout nicht positionieren. Was damals schon in gewissen Kreisen für Verwunderung gesorgt hatte.

Ganz anders der ebenfalls zweisprachige Kanton Freiburg. Die Freiburger Regierung hatte sich in ihrer Stellungnahme mit deutlichen Worten für «Telebielingue» ausgesprochen, weil es «seit seiner Gründung eine Sensibilität für die besondere Zweisprachigkeit der Region» hege.

Bleibt festzuhalten: Der Kampf um die Fernseh-Konzession wird nicht auf politischer Ebene, nicht beim Berner Regierungsrat gewonnen. Es entscheiden die Richter des Bundesverwaltungsgerichtes, nachdem das Haus Gassmann, zu dem «Telebielingue» gehört, Rekurs gegen den Bakom-Entscheid eingelegt hatte.

Trotzdem lässt einen die grosse Gleichgültigkeit der Berner Regierung ein wenig ratlos zurück. Und man fragt sich unweigerlich, ob das Herz des bernjurassischen SVP-Regierungsrates Pierre Alain Schnegg, dem einzigen Regierungsmitglied aus unserer Region, einfach ein wenig stärker für «Canal Alpha» schlägt, der Konkurrenz von «Telebielingue». Man könnte es sogar ein Stück weit nachvollziehen, senden doch die Neuenburger heute teilweise aus einem Büro in Delémont auch bis in den Berner Jura.

Also in Schneggs Stammlanden.

Nicoletta Cimmino
nicoletta.cimmino@gassmann.ch

Nach zweithöchster Warnstufe glimpflich davongekommen

Am Sonntagabend musste in der Region mit dem Schlimmsten gerechnet werden. Doch es kam anders.

Beat Kuhn

Am frühen Sonntagabend wurde ein Unwetter der Stufe Rot angekündigt, das sich von Südwesten her mit einer Geschwindigkeit von 25 km/h der Region nähere.

Zwischen 18.15 und 19 Uhr werde dieses die Seeländer Gemeinden Gampelen, Tschugg, Erlach und Twann-Tüscherz sowie schliesslich Biel erreichen. Lokal bestehe dort die Gefahr von Hagel, Starkregen und Sturmböen.

Bei Stufe Rot oder vier – von fünf – drohen Gefahren wie Flutwellen in Bächen, das Abbrechen von grösseren Ästen, das Umstürzen von Bäumen, grössere Hagelschäden, Blitzeinschläge oder das Versagen von Entwässerungssystemen, ja, es besteht Gefahr für Leib und Leben.

Gestern erklärte Pirmin Kreuzer von der Medienstelle der Kantonspolizei Bern auf Anfrage, dass aus der Region Seeland – Berner Jura zwischen Sonntag um 16.30 Uhr bis Montagmorgen um 7.30 Uhr zwölf Unwettermeldungen eingegangen seien.

Die Kapo schlüssle die Statistik nicht nach Gemeinden auf, ergänzte er, «wir können aber sagen, dass die meisten Meldungen in Biel eingegangen sind». Hauptsächlich sei es um umgestürzte Bäume, Gegenstände auf der Strasse sowie Wasser im Keller oder Wasser auf Strassen gegangen. Von Hagel sei nicht die Rede gewesen.

Bei einer Umfrage unter den genannten Gemeinden bestätigte Monika Sauter, die Gemeindeschreiberin von Gampelen, zwar, dass es dort gehagelt habe, Schäden seien aber nicht gemeldet worden. Auch bei der Gemeindeverwaltung Twann-Tüscherz sind laut Angela Weibel, Sachbearbeiterin auf der Kanzlei, keine Schadensmeldungen eingegangen.